

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

10.5.1901 (No. 127)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 127.

Unterlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 29. April d. J. gnädigst geruht, dem Oberförster Hermann Reuter in Stühlingen das Forstamt Bretten zu übertragen und den Forstassessor Alexander Krieger in Blumberg mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts zum Oberförster in Stühlingen zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 29. April d. J. gnädigst geruht, den Baupraktikanten Alfred Luce von Ludwigsbafen (am See) unter Verleihung des Titels Regierungsbaumeister zum zweiten Beamten der Hochbauverwaltung zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 6. Mai d. J. wurde Regierungsbaumeister Alfred Luce der Bezirksbauinspektion Lörrach zugetheilt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 4. Mai d. J. wurde Forstassessor Adolf König in Bretten der Forsteinrichtung bei Großh. Domänenverwaltung zugetheilt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Der Jahresbericht der Großh. Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900

Ist uns heute zugegangen. Er wurde nach der von dem Reichsamt des Innern zu Anfang des Winters 1900 erlassenen Anweisung aufgestellt. Im Berichtsjahre hat eine Vermehrung der Zahl der Beamten in dem durch die im Staatsvoranschlag vorgesehene Stelle eines weiblichen Aufsichtsbearbeiters stattgefunden. Anfang August ist Fräulein Dr. v. Ritzhosen in die Stelle eines wissenschaftlich gebildeten Hilfsbeamten der Fabrikinspektion zunächst in provisorischer Weise eingetreten, nachdem sie Ende Juli in Heidelberg das Doktorexamen in Rationalökonomie und Staatsrecht mit der Note summa cum laude bestanden hatte. Trotz der guten Aufnahme der neuen Beamtin in Arbeiterkreisen wurden aber die Sprechtunden, welche bald darauf auf Wunsch der Arbeiterpresse abgehalten wurden, von Arbeiterinnen nur in einzelnen Fällen und dann nicht genügend besucht. Mit einem allgemeinen Urtheil über die neue Beamtin und das ganze Institut ist bei der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit im Dienste noch zurückzuhalten. Es kann aber gesagt werden, daß bei den gemeinsamen Fabrikbesuchen, welche der Vorstand der Fabrikinspektion am Anfang mit ihr machte, die gründliche, nach den Verhältnissen auch sichere Art ihres Auftretens auch auf die Arbeitgeber einen guten Eindruck machte.

Der schriftliche Verkehr mit den Arbeitern ist immer noch bedeutend stärker als der mündliche. In sehr vielen Dingen erstreckt er sich auch genügend.

Seit mehreren Jahren hatte man versucht, den persönlichen Verkehr der Aufsichtsbearbeitern mit den Arbeitern durch Abhalten von Sprechstunden zu beleben und den Arbeitern das Vorbringen ihrer Beschwerden zu ermöglichen. Die Benutzung dieser Sprechstunden ist aber im allgemeinen immer mangelhaft geblieben. Die Anregung eines Arbeitervereins, seinen Mitgliedern einen Vortrag über den Inhalt der Arbeiterschutzgesetzgebung zu halten, hat im letzten Viertel des Berichtsjahres dazu geführt, mehrere Sprechstunden durch belehrende Erläuterungen über die Bestimmungen der Gewerbeordnung einzuleiten, wo jedesmal seitens der Arbeiterschaft der Wunsch ausgesprochen worden war. Hieran schloß sich dann ein öffentlicher Theil der Sprechstunde zur Beantwortung allgemeiner, aus der Mitte der anwesenden Arbeiter aufgeworfener Fragen aus demselben Gebiet. Zur Entgegennahme spezieller Beschwerden wurde jeweils in einem besonderen Zimmer von dem Beamten Gelegenheit gegeben. Jedemal sind die Arbeiter sehr zahlreich erschienen und zeigten großes Interesse an den behandelten Fragen: Auch aus den Kreisen der Fabrikanten wurde die Bezeichnung der Arbeiter durch uns als mündigswürdig bezeichnet.

Die Beziehungen der Inspektion zu den Arbeitgebern sind fortwährend gute. Uebertretungen der Arbeiterschutzvorschriften, welche in nennenswerthem Umfang nur in der Bijouterieindustrie vorkommen und zu Bestrafungen führen, haben niemals zu Bestimmungen der Arbeitgeber im ganzen geführt. Die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, den an sie gestellten Anforderungen bezüglich der Sicherheit oder der hygienischen Beschaffenheit ihrer Anlagen nachzukommen, war überall gleich groß.

Mit den Bezirksärzten der größeren Industriebezirke fand ein ausgedehnter Verkehr statt. Das Großh. Ministerium hat bei der Neuregelung des gemeinschaftlichen Besuchs gewerblicher Anlagen angeordnet, daß bei solchen Anlagen, bei welchen in irgend einer Beziehung hygienische Fragen in Betracht kommen können, von Zeit zu Zeit eine solche gemeinsame Besichtigung stattfindet.

Die Anzahl der im Berichtsjahre beschäftigten Kinder und jungen Leute beträgt 17 460. Kinder unter 14 Jahren waren 465 beschäftigt, und zwar 160 Knaben und 305 Mädchen. Junge Leute von 14 bis 16 Jahren wurden 16 995 beschäftigt. Davon waren 9 649 männlichen und 7 346 weiblichen Geschlechts. Die Arbeitsbücher werden fast durchweg richtig ausgefüllt und geführt. In einem Falle waren noch Arbeitskarten aus-

gestellt. Unzulässige Einträge wurden nicht vorgefunden; dagegen waren eine größere Anzahl mit den Einträgen der Arbeiter im Rückstand.

Die vorgeschriebenen Ausgänge sind im allgemeinen vorhanden. Für Fehlen wird aber bei neuen Anlagen oder kleineren Stabliments, sowie dort nicht selten bemerkt, wo die Ausgänge im Freien angebracht zu werden pflegen, ohne von haltbarem Stoff zu sein.

Man kann sagen, daß die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den größeren geschlossenen Fabriken nicht mehr stattfindet. Ausnahmen kommen vor in kleineren Anlagen, namentlich in Ziegeleien, wo mitunter Eltern ihre Kinder zum Abtragen von Steinen verwenden. Die Zahl der Zuwerbhandlungen ist aber in fortschreitender Abnahme begriffen.

Dafür, daß die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren die Dauer von sechs Stunden täglich übersteigt, ergeben sich — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — im allgemeinen keine Anhaltspunkte. Manche Industrielle nehmen Leute unter 14 Jahren überhaupt nicht an. Anders liegen diese Dinge in der Porzellan- und Bijouterieindustrie, wo die Zahl dieser noch nicht 14 Jahre alten Arbeiter eine nicht unbedeutende ist (während des Sommers) und wo sie in zahlreichen großen und kleinen Anlagen die ganze Zeit wie die übrigen jugendlichen Arbeiter beschäftigt werden.

Die Uebertretung der zulässigen Arbeitszeit von 10 Stunden ist in allen Industriezweigen selten. Beschäftigung am häufigsten wird in Ziegeleien von jungen Leuten über 11 Stunden gearbeitet. Aber auch dies sind Ausnahmen. Die Uebertretungen sind meist eine Folge der Nichtbeachtung der Pausen, ohne daß aber in diesem Falle auch jedesmal die zulässige Arbeitszeit überschritten wurde. In Bijouteriefabriken, denen in großer Zahl Pausenbewilligung ist, sind Uebertretungen solcher, die diese Vergütung nicht erlangt haben, naturgemäß zahlreich.

Im allgemeinen muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die beständige Abnahme der Uebertretung der Arbeitsdauer in vielen Fabriken auch mit der Zunahme der 10stündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter zusammenhängt, wobei auch für die jugendlichen Arbeiter eine größere Arbeitsdauer in der Regel ausgeschlossen ist.

Die Geldstrafen sind im zweiten Halbjahre von den Gerichten in höherem Maße verhängt worden. Es wird abzuwarten sein, ob sie in dieser Höhe genügen abschreckend wirken.

Bei dem Vollzuge der auf Grund des § 139 a. der Gewerbeordnung gefassten Beschlüsse des Bundesrates, durch welche jugendliche Arbeiter von gewissen Beschäftigungen ausgeschlossen sind, wurden Zuwerbhandlungen nicht wahrgenommen.

Zu der Cigarrenindustrie ist es noch immer vielfach üblich, mit den jugendlichen Arbeitern Lehrverträge abzuschließen, welche hauptsächlich den hauptsächlichsten Zweck haben, diese Arbeiter an das Geschäft zu binden. Die einzige von der Fabrik eingegangene Verpflichtung besteht meist darin, den Lehrling im Weiden- oder Cigarrenmachen gründlich zu unterrichten. Tatsächlich werden die meisten Leute kurze Zeit nach ihrem Eintritte gerade wie die älteren Arbeiter in Einlösen beschäftigt und sind nicht als Lehrlinge zu betrachten.

Die Zahl der Lehrlinge in Buchdruckereien steigt nicht immer im Verhältnis zur Zahl der Gesellen. So wurden in einer Buchdruckerei 4 Lehrlinge auf 6 Gesellen vorgefunden. Das Personal befugte sich über die Nichtbeachtung der diesbezüglichen von den Beteiligten angenommenen Tarifbestimmungen, durch welche die relative Zahl der Lehrlinge genau festgelegt ist.

Die Einführung der nach § 134 Abs. 3 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter ging glatt von statten. Schwierigkeiten haben sich bei keiner Seite gezeigt.

In einigen wenigen Fällen findet man jugendliche Arbeiter mit Verletzungen beschäftigt, welche ihrer körperlichen Entwicklung zweifellos abträglich sind.

Im ganzen waren 57 887 Arbeiterinnen beschäftigt. Im Verhältnis zur gesamten Arbeiterschaft ist der prozentuale Antheil der Frauenarbeit 28,26 Proc. Arbeiterinnen über 16 Jahre waren 50 296 in 2 374 Anlagen beschäftigt.

Unzulässige Beschäftigung der Arbeiterinnen zur Nachtzeit wurde im Berichtsjahre nicht wahrgenommen. Beschäftigung von Arbeiterinnen innerhalb von 4 Wochen nach der Niederkunft wurde nur in einem Falle festgestellt.

Die Ermächtigung zur Ueberarbeit wurde weder in diesem noch im Vorjahre voll ausgenutzt. Es hat daher auch unter Berücksichtigung der durch die neue Anweisung gegebenen Verhältnisse eine Vermehrung der bewilligten Ueberarbeit in dem verfloffenen Jahre von 36 523 Stunden stattgefunden.

Der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen im allgemeinen und der genaueren Durchführung der auf ihre Beschäftigung bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen steht vor allem ihre ganz auffallende Schüchternheit entgegen, welche namentlich von untergeordneten Fabrikbeamten (Meistern) ausgenutzt wird, indem sie den Arbeiterinnen verbieten, den Aufsichtsbeamten etwaige Uebertretungen einzugehen. Des Eindrucks, daß man die Wahrheit nicht erfahre, kann man sich manchmal nicht erwehren, wenn Arbeiterinnen ihre Arbeitszeiten fälschlich angeben, als es unter den betreffenden Verhältnissen üblich ist.

Im Berichtsjahre waren 9 949 einer besonderen Beaufsichtigung unterliegenden Betriebe vorhanden. In diesen wurden 204 730 Arbeiter beschäftigt.

Eine Revision der Betriebe im Amt Lörrach ergab, daß in verschiedenen Betrieben eine dauernde Reduktion der Arbeitszeit stattgefunden hat oder in der Einführung begriffen ist. In allen diesen, meist großen Fabriken beträgt die Reduktion der Arbeitszeit $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ Stunde. Außer den genannten Reduktionen der Arbeitszeit im Amtsbezirk sind noch andere Arbeitszeitverkürzungen zu erwähnen.

Ungeordnetlich lange Arbeitszeiten werden mitunter in kleinen Wohnmüllereien gefunden. Nachdem die in den letzten Jahren in der Uhrenindustrie eingeführte 10stündige Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion nicht ge-

bracht hat, hört man bereits von Fabrikanten mit Bestimmtheit aussprechen, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden keinen Produktionsausfall bringen würde.

Eine Cigarrenfabrik in Bahl hat 9stündige Arbeitszeit eingeführt. Von den größeren Uhrenindustriorten des badischen Schwarzwaldes scheint St. Georgen allein an der 10 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit mit Vor- und Nachmittagspausen von $\frac{1}{2}$ stündiger Dauer festhalten zu wollen, während an anderen Orten die 10stündige Arbeitszeit ohne Pausen an Vor- und Nachmittagen allgemein üblich geworden ist. Die Arbeitgeber geben an, in ihrem Interesse die Verkürzung der Arbeitszeit zu wünschen. Dagegen wehrten sich viele Arbeiter gegen den Wegfall der Pausen.

Die Gesamtzahl der in Bäckereien vorgenommenen Revisionen betrug 128. Meist handelte es sich um Betriebe, die früher zu Beanstandungen Anlaß gegeben haben. Nur 22 Anlagen wurden zum ersten Male besichtigt. In 15 Betrieben wurden Vergehen gegen gesetzliche Bestimmungen festgestellt und zwar in 13 Fällen gegen die Vorschriften des Bundesrates über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien und in 4 Fällen gegen die über die Sonntagsruhe erlassenen Vorschriften. Die Uebertretungen wurden strafgerichtlich verfolgt.

Die Zahl der im laufenden Jahre revidirten Getreidemüllereien beträgt 412. In 38 dieser Anlagen wurden ungesunde Zustände festgestellt. (Ein Schlussartikel folgt.)

Aus dem Vatikan.

Z Rom, 7. Mai.

Die „Germania“ behauptet, Baron Hertling habe endlich seine Verhandlungen über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg zu einem guten Ende geführt und dieses Projekt bezeugt im Vatikan keinem Widerstand mehr. Gut unterrichtete hiesige Kreise wollen dieser optimistisch gefärbten Nachricht keinen Glauben schenken. Es sei durchaus noch keine Entscheidung getroffen und die Verhandlungen befänden sich immer noch in der Schwebe. Herr v. Hertling habe nichts weiteres als allgemeine Versicherungen erhalten und dürfte, um sein Spiel zu gewinnen — wohlverstanden wenn er es überhaupt gewinnen wird — noch manche Reise nach Rom antreten. Wenn die „Germania“ gleichzeitig zu wissen glaubt, Baron Hertling sei auch mit Verhandlungen über die Befegung des Bisthums Metz betraut gewesen und der Kaiser werde, nachdem er sich überzeugt habe, daß der Papst den Mgr. Jörn von Bulach niemals beständigen werde, sich dazu verstehen, einen anderen Kandidaten zu präsentieren, der im Vatikan mehr als der ekklesiastische Prälat persona grata sei, so dürften auch diese Nachrichten nur unter allem Vorbehalt zu acceptiren sein. Bei objektiver Betrachtung dieser Vorgänge ist allerdings Grund genug vorhanden, sich über die hartnäckige Unwilligkeit der Diplomatie des Kardinals Rampolla gegenüber den Wünschen Deutschlands, die doch wahrlich eine unbeschreibliche sind, zu wundern. In einem Augenblick, in welchem die Mehrzahl der romanischen Länder sich in offenem Kampf gegen die Kongregationen befindet, ist es eine beachtenswerthe Erscheinung, daß in Deutschland nicht nur die Ordensgeistlichen keinerlei Beschwerde zu führen haben, sondern daß vielmehr der Kaiser selbst bei seinem Besuche des Klosters Vaach die Benediktiner seines Wohlwollens und Schutzes versichert hat. Diese wahrhaft liberale Haltung eines protestantischen Souveräns gegenüber der katholischen Kirche müßte — so sollte man meinen — die heftigste und unmaßgebteste Feindseligkeit entzünden. In dem deutschfeindlichen Staatssekretariat ist man aber anderer Meinung.

Die Gerüchte über einen Rücktritt des Kardinals Rampolla wollen noch immer nicht verstummen. Das, was ich Ihnen kürzlich schrieb, um diesen Gerüchten jede Glaubwürdigkeit zu nehmen, ist heute noch so wahr wie vor acht Tagen. Es fällt mir nicht ein, eine Parallele zwischen Leo XIII. und dem hochseligen Kaiser Wilhelm I., noch viel weniger zwischen Rampolla und Bismarck zu ziehen. Aber das Eine ist sicher, der Papst wird eben so entschieden an seinem Staatssekretär festhalten wie der greise Kaiser an seinem Reichskanzler. Neunzigjährige Potentaten wünschen keinen Ministerwechsel mehr zu erleben und haben für darauffolgende Gesuche nur die Antwort: Niemals! Es dürfte, davon abgesehen, auch gar nicht leicht und erfreulich sein, die Erbschaft des Kardinals Rampolla anzutreten, nachdem so ziemlich alle Beziehungen, in denen man seine Hand thätig erblickte, auf's Aeufßerste verfahren sind. Nun ist aber in den letzten Tagen eine neue Variante dieses Themas aufgetreten, und zwar in einer Korrespondenz, die aus Paris in verschiedene Journale lancirt worden ist. Darnach bestünde in der That die Absicht des Kardinals Rampolla, von seiner hohen Stellung zurückzutreten, diese Absicht deute aber nicht etwa auf

eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Papst und ihm hin, sie stehe vielmehr im vollsten Einklang mit dem Wunsche Leo's XIII. Bekanntlich ist es unerhört, daß das Kardinalskollegium in einem Conclave den Staatssekretär des dahingeshiedenen Papstes zu seinem Nachfolger wähle, weil es dessen Politik nicht von jener seines Vorgängers abhängig machen will. Gerade deshalb also, weil Leo XIII. den Kardinal Rampolla zum Nachfolger wählte, werde er seinen Rücktritt genehmigen. Wenn dieses Gerücht aus einer dem Kardinal Rampolla wohlgesinnten Quelle kommt, wie sein französischer Ursprung beinahe vermuthen läßt, so mag er wohl sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Ein Kardinal-Staatssekretär, der mit Orientierung zurücktritt, um dadurch, wie man hier sagt, „Papabile“ zu werden, das wäre eine unerhörte Neuerung in der Geschichte der konservativsten Institution, welche die Welt kennt. Und dieses Gerücht wird dadurch nicht glaublicher, daß es den Schein der Originalität für sich hat. Im Kardinalskollegium wird es wohl keinen Glauben und ein solches Projekt, wenn es in der That bestünde, gewiß keine Gegenliebe finden.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 8. Mai.

Dritte Lesung des Weingesetzes.

In der Generaldiskussion erklärt Abg. Schmidt-Mainz (Centr.), er werde für das Gesetz stimmen, trotzdem die Kellerkontrolle aufgenommen worden sei. Der Hauptzweck des Gesetzes sei, der Kunstweinproduktion entgegenzutreten. Er aber habe das Vertrauen zu den Winzern und Weinhändlern, daß mit Hilfe dieses Gesetzes der Ruf des Vaterlandes, daß nur den besten Weiswein der Welt besitzen, nicht nur erhalten, sondern noch befestigen. (Beifall.)

Abg. Wallenborn (Centr.) wendet sich gegen den Versuch der Weisweine mit Rothwein zur Herstellung von Rothwein. Ein solches Produkt dürfe nicht als Rothwein verkauft werden.

Abg. Schäfer (Centr.) bemerkt, die Weinpansicherei, die mit Hilfe umständlicher Apparate in den sogenannten Weinsabriken betrieben werde, schädige die kleinen Winzer, die gar nicht in der Lage seien, derartige Manipulationen vorzunehmen. Der Verkauf verschmittener Weine als Rothwein sei öffentlicher Betrug.

Abg. Preis (Ulster) führt aus: Das Gesetz ist für die Reichsländer, das größte Weinbauland Deutschlands, von größter Bedeutung. Die Erwartungen, die man an den Entwurf knüpfte, sind nicht voll erfüllt. Ob hätte man glauben können, es handle sich mehr um ein Wassergesetz als um ein Weingesetz. Immerhin enthält das Gesetz Verbesserungen gegenüber dem früheren Zustand.

Abg. Cahenstey (Centr.) sagt, er werde für das Gesetz stimmen, zumal die Kontrollvorschriften aufrecht erhalten seien.

Abg. Hilpert (Wld) spricht sich im selben Sinne aus.

Abg. Wintermeyer (Freis. Volksp.) bemerkt: Die Vorredner waren in der Kommission eigentlich gegen das Gesetz, scheinen sich aber damit ausgeöhnt zu haben und schlagen Rückzugsgesetze. Er selbst habe manches gegen das Gesetz einzuwenden, werde aber dafür stimmen, denn er halte das Verbot des Kunstweins für sehr wichtig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Jäger (Centr.) und Rude (ohne Fraktion) erklärt Abg. Schele-Wunstorf (Welfe), er werde mit seinen Freunden gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Graefe (Reformp.) begrüßt das Verbot des Kunstweines und bedauert, daß der Versuch von weissen mit rothen Weinen wegen der entgegenstehenden Bestimmungen der Handelsverträge noch nicht verboten werden konnte.

Abg. Böllinger (Ulster) bemerkt, wenn wir auch nicht alle Punkte des Gesetzes gutheißen können und insbesondere befürchten, daß das Gesetz die dem Wein drohenden Gefahren der Zuckerkrankheit und Wasserfäule nicht beseitigen wird, werden wir doch für das Gesetz stimmen, weil es den Kunstwein verbietet.

Damit schließt die Generaldebatte.

Auf Antrag des Abg. Blankenhorn findet die Abstimmung en bloc statt.

Das Gesetz wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Es folgen Resolutionen. Die erste derselben fordert ein Reichsgesetz über eine einheitliche Nahrungs-Genußmittelkontrolle durch besondere Beamte. Dazu liegt ein wesentlich redaktioneller Antrag Deinhard vor.

Abg. Delsor (Ulster) spricht sich für die Resolution aus, ebenso Bilde-Kaiserblattern.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky bemerkt, er könne namens der Verbündeten Regierungen keine Erklärung abgeben. Die Kontrolle der Nahrungs- und Genußmittel sei eine vollständige Thätigkeit, die man nicht von der übrigen gesammten politischen Thätigkeit trennen könne. Diese sei aber Landesache.

Abg. Wurm (Soz.) bemerkt, auf allen Seiten des Hauses sei der Wunsch laut geworden, daß endlich etwas in der Nahrungsmittelkontrolle geschehe.

Die Resolution wird hierauf in der Deinhard'schen Fassung angenommen.

Auf Antrag Schmidt-Eberfeld werden die übrigen Resolutionen von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Petitionen zum Gesetzentwurf werden für erledigt erklärt. Es folgt die zweite Beratung des Antrages Erdbber betreffend Präsenzgelde und freie Eisenbahnfahrt der Reichstagsmitglieder.

Abg. Wasser mann (nat.-lib.) berichtet über die Beratungen der Kommission, die den Antrag abgeändert hat.

Abg. Gröber erklärt: Das Centrum werde für die Kommissionsfassung seines Antrages stimmen. Die in der Presse ausgesprochene Behauptung, daß sich Bismarck unbedingt gegen die Diäten ausgesprochen habe, sei falsch. Der Haupteinwand gegen die Diäten, daß sie eine zu lange Dauer der Sessionen und ein übermäßiges Eindringen der Berufsparlamentarier in den Reichstag herbeiführen, sei nicht stichhaltig. Trotz der Diätenlosigkeit habe die Sessionsdauer durchschnittlich zugenommen, daran seien nicht die Berufsparlamentarier schuld, sondern das natürliche Anwachsen der wichtigen Reichsaufgaben. Die Diätenfrage ist besonders wichtig für die süddeutschen Abgeordneten, die weit entfernt vom Orte des Reichstags wohnen.

Abg. v. Levetzow (konf.) erklärt, die Konservativen stimmen sämtlich gegen den Antrag. Die mangelnde Frequenz des Reichstags beruht nicht auf der Diätenlosigkeit. Den einzigen Vortheil würde von den Diäten nur die Sozialdemokratie haben, deren Parteiliste dadurch entlastet würde. Der Hauptgrund der Konservativen gegen die Diäten ist aber ein prinzipieller. Das bestehende Reichstagswahlgesetz ist entschieden demokratisch, das einzig demokratische ist die Diätenlosigkeit. Durch Diäten würde der Reichstag auf das niedrigste Niveau einer rein demokratischen Versammlung herabgedrückt werden.

Abg. Singer (Soz.) polemisiert heftig gegen v. Levetzow. Nehmen denn die konservativen Landräthe und vortragenden Räte im preussischen Landtage nicht Diäten? Welches Niveau ist niedriger, dasjenige des preussischen Landtags, der eine Kammern der Volksvertretung ist, oder dasjenige des Reichstags? (Redner erhält einen Ordnungsruf.) Singer kommt dann auf die angebliche drastische Aenderung des Reichstags zur Diätenfrage zu sprechen und sagt, die Diäten werden nicht gezahlt von den Fürsten, sondern von den Steuerzahlern, die auch die Privatgattinnen der deutschen Fürsten füllen. (Große Unruhe rechts.) Durch Annahme des Antrages müsse der Reichstag zeigen, daß er aus „Recken“ bestehe, die sich nicht einschüchtern lassen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, die Volksvertretung müsse sich doch stets gegenwärtig halten, daß sie nur aus staatsrechtlichen Gesichtspunkten die Geschäfte führen kann. Es ist sehr bedauerlich, daß immer mehr in der Öffentlichkeit das Bestreben einreißt, auf Grund unwürdiger Zwischenträgerien selbst den Träger der höchsten Gewalt im Reiche in die Debatte zu ziehen und Behauptungen aufzustellen, die unwahr sind. Ich erkläre, daß die vom Abg. Singer angeordneten Gerüchte erfunden und unwahr sind.

Abg. Arnim (Reichsp.) spricht sich gegen die Diäten aus. Als Mittel gegen die Beschlußunfähigkeit empfiele sich eine Aenderung der Geschäftsordnung. Er persönlich würde die Diäten zurückweisen, da er sein Amt als Ehrenamt übernommen habe. (Wärm und Lachen links.)

Abg. Böttger (nat.-lib.) erklärt, die Nationalliberalen stimmten geschlossen für den Diätenantrag in der Kommissionsfassung. Es handle sich um eine alte liberale Forderung. Dringend sei zu wünschen, daß die Frage endlich gelöst werde. Die Nationalliberalen lehnen es ab, die Gewährung von Diäten von einer Gegenleistung auf dem Gebiete des Wahlrechts oder der Geschäftsordnung abhängig zu machen. (Beifall.) Der Abg. von Levetzow habe mit seiner Erklärung ein Urtheil über alle deutschen Volksvertretungen gesprochen, selbst über den preussischen Landtag.

Abg. Müller-Sagan (Freis. Volksp.) spricht sich in demselben Sinne aus.

Die Abgg. Gabel (Repp.), Ricker (Freis. Verein.) und Gauß (Ulster) erklären sich namens ihrer politischen Freunde für den Antrag.

Abg. Ricker wünscht namentliche Abstimmung.

Abg. Dertel (konf.) erklärt, er sei mit einer Minderheit seiner politischen Freunde für die Anwesenheitsgelde, werde aber gegen den vorliegenden Antrag aus verchiedenen Bedenken stimmen. Bieleicht werde die Regierung veranlaßt, dem Reichstag bald einen annehmbaren Entwurf vorzulegen.

Abg. Verno (Centr.) spricht sich für den Antrag aus und fragt, ob es wahr sei, daß die bayerische Regierung schon Stellung zu dem Antrage genommen habe.

Der bayerische Gesandte Graf Verchenfeld erklärt, die bayerische Regierung habe zu dem Antrag noch keine Stellung genommen, da er dem Bundesrathe noch nicht vorgelegen habe. Redner bittet, etwas vorzüglicher zu sein in der Beurtheilung der Depechen, die im Schaufenster des Berliner Volontärsgeiers aushängen. Das Papier ist sehr geduldig. (Große Heiterkeit.)

Abg. Arndt (Reichsp.) erklärt sich namens eines Theiles der Reichspartei für den Antrag.

Nach einem Schlusswort des Referenten erfolgt die namentliche Abstimmung. Für den Antrag in der Kommissionsfassung stimmen 185, dagegen 40. Der Minderheit gehören die Konservativen, ein Theil der Reichspartei und Fürst Bismarck an.

Der Antrag ist somit angenommen. (Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 9. Mai.

Der Präsident theilt das Ableben des Abg. Semlatsch mit. Die Mitglieder erheben sich von den Sitzen. Der Präsident verkündet sodann die Uebernahme des Staatssekretariats des Reichspostamts durch Kräfte; ferner, daß der Abg. Semler (nat.-lib.) sich gestern beim Diätenantrag der Stimmabgabe enthalten habe.

Hierauf wird in nochmaliger Abstimmung die Resolution betreffend Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln angenommen.

Es folgt zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte.

* Berlin, 9. Mai. Dem Reichstage ging ein Schreiben des Reichskanzlers Grafen v. Bülow zu, in welchem beantragt wird, einer Vertagung des Reichstags bis zum 26. November zuzustimmen.

* Berlin, 9. Mai. Die Kommission für das Schaumweinsteuergesetz nahm gestern die §§ 1 und 2 in der Fassung an, wonach Schaumweine aus Traubenwein oder Fruchtweinen und alle schaumweineähnlichen Getränke einer Verbrauchsabgabe von 60 Pf. pro Flasche unterliegen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 9. Mai.

** Nachstehende acht Kandidaten, die sich der theologischen Hauptprüfung in diesem Frühjahr unterzogen haben, sind unter die evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen worden:

1. Heinrich Adalbert Bossert von Vadenburg,
2. Hermann Eßelborn von Käferthal,
3. Friedrich Wilhelm Kober von Niklashausen,
4. Julius Christian Adolf Mayer von Keppenbach,
5. Eduard Rieber von Basel,
6. Ernst Julius Schulz von Diersburg,
7. Wilhelm Waag von Mannheim,
8. Hugo Albrecht Weisser von Wiesloch.

* Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat April 1901 497 Rentengesuche (35 Alters- und 462 Invaliden- bzw. Krankenrentengesuche) eingereicht und 411 Renten (29 + 372 + 10) bewilligt worden. Es wurden 29 Gesuche (3 + 26) abgelehnt, 287 (14 + 273) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 3 Invaliden- und 2 Krankenrenten zuerkannt. Bis Ende April sind im ganzen 27 853 Renten (8 017 Alters-, 19 552 Invaliden- und 284 Krankenrenten) beziehungsweise zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Begleichung: 11 866 (4 066 + 7 690 + 110), so daß auf 1. Mai 1901: 15 987 Renteneempfänger vorhanden sind.

(3 951 Alters-, 11 862 Invaliden- und 174 Krankenrenten). Verglichen mit dem 1. April 1901 hat sich die Zahl der Invaliden- und Krankenrentenempfänger vermehrt um 256, der Alters- und Krankenrentenempfänger um 21 (19 + 2). Die Renteneempfänger beziehen Renten im Gesamtjahresbetrage von 2 121 230 M. 13 Pf. (mehr seit 1. April 1901 34 678 M. 71 Pf.). Der Jahresbetrag für die im Monat April bewilligten 29 Altersrenten berechnet sich auf 4 291 M. 80 Pf., für 375 Invalidenrenten auf 55 137 M. und für 12 Krankenrenten auf 1 849 M. 80 Pf., somit Durchschnitt für eine Altersrente 147 M. 99 Pf., für eine Invalidenrente 147 M. 3 Pf., für eine Krankenrente 154 M. 15 Pf. Für sämtliche bis 1. Januar 1901 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 132 M. 80 Pf., einer Invalidenrente 131 M. 26 Pf., einer Krankenrente 148 M. 60 Pf. Beitragserstattungen wurden im Monat April 1901 angewiesen: infolge Heirat weiblicher Versicherter in 325 Fällen 11 756 M., infolge Todes versicherter Personen in 70 Fällen 3 643 M.

* (Statistik der leerstehenden Wohnungen.) Auf Grund der vom städtischen Statistischen Amt Mitte April d. J. veranlaßten Erhebungen wurden als leerstehend 295 (dagegen bei der Zählung im Oktober v. Jahres 410) Stadtwohnungen, im ganzen 349 (520) Wohnungen ermittelt. Davon lagen 24 (34) in der Oststadt, 45 (92) in der Südstadt, 3 (4) im Stadtgartenviertel, 102 (157) in der Südweststadt, 33 (28) in Mühlburg, keine (10) im neuen Hardtwaldviertel, 8 (10) im alten, 97 (74) im Stadtheil westlich der Karl-Friedrichstraße, 37 (61) in dem östlich von ihr. Auf die Hauptbauviertel, die Ost-, Süd- und Südweststadt, entfielen mit 171 (133) Wohnungen, das sind fast die Hälfte (zwei Drittel) aller leerstehenden Wohnungen. Ordnet man die leerstehenden Wohnungen nach Zimmeranzahlklassen mit Untertheilung der Stadtwert- und Mansardenwohnungen, welche letztere aber nur in den 2 ersten Größenklassen (5 ersten) vorkamen, so waren es 14 (27) einzimmerige Wohnungen, darunter 2 (13) Mansardenwohnungen; 106 (172) zweizimmerige, darunter 36 (72) Mansardenwohnungen; 73 (134) dreizimmerige, darunter 15 (20) Mansardenwohnungen; 56 (71) vierzimmerige, darunter 1 (3) Mansardenwohnungen; 46 (46) fünfzimmerige, darunter eine (2) Mansardenwohnungen; 33 (34) sechszimmerige; 11 (15) siebenzimmerige und 10 (21) mit acht und mehr Zimmern. Von den leerstehenden Wohnungen sollten durchschnittlich kosten: die einzimmerigen Stadtwertwohnungen 161 M. (160), die Mansardenwohnungen 140 (135); die zweizimmerigen Stadtwertwohnungen 226 (235), die Mansardenwohnungen 193 (198); die dreizimmerigen Stadtwertwohnungen 352 (368), die Mansardenwohnungen 276 (281); die vierzimmerigen Stadtwertwohnungen 577 (595), die Mansardenwohnungen 460 (450); die fünfzimmerigen Stadtwertwohnungen 896 (894); die sechszimmerigen 1 253 (1 214); die siebenzimmerigen 1 636 (1 513); die Wohnungen mit acht und mehr Zimmern 1 940 M. (2 043 M.).

*(Der Naturwissenschaftliche Verein) hält morgen, Freitag den 10. Mai, Abends halb 9 Uhr, seine Generalversammlung im kleinen Saal des Museums ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bericht des Schriftführers über die Thätigkeit des Vereins im verfloßenen Jahr. 2. Bericht des Kassiers über den Stand der Kasse. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vortrag des Herrn Professors Dr. Hausarth über: „Die Wälder von Nord-Amerika“.

*(Turngemeinde.) Zur Feier des 40. Stiftungsfestes veranstaltet die Turngemeinde, jeweils 8 Uhr Abends beginnend, morgen, Freitag, den 10. Mai, in der Centralturnhalle ein Preisturnen und am Samstag, den 11. Mai ein Schauturnen, an welchem letzteres sich um 10 Uhr eine Festkneipe anschließt. Als Hauptfeier findet am Sonntag, den 19. 5. M., Abends 7 Uhr, im Kolosseumsaal ein Festbankett mit turnerischen Aufführungen, Preisvertheilung und Ehrung von Mitgliedern st. statt.

* (Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 29. April bis 4. Mai wurden an 488 Verkauf 593 Bände ausgetheilt.

* (Landesversicherungsanstalt.) Der Herr Kreisrat Dr. Venber, früher in Neersburg, ist gestorben.

* (Seidberg, 8. Mai.) Die Zahl der Studierenden an unserer Universtität wird in diesem Semester diejenige des vorigen Sommers voraussichtlich wieder übertreffen. Am zahlreichsten besucht sind, wie gewöhnlich, die Vorlesungen des Wirtl. Geh. Rathes Bruno Fischer über Goethe's „Faust“, die wegen Mangel an geeigneten Hörsälen in der Aula gehalten werden. Gegen 800 Personen bilden die Zuhörerschaft.

*(Baden, 9. Mai.) Ihre Großherzogliche Hoheit Erbprinzessin Marie von Anhalt ist hier eingetroffen und im Hotel „Kaiserhof“ abgetheilt. — Nach der heute ausgegebenen Fremdenliste ist die Frequenzziffer unserer Bäderstadt bereits auf über 10 000 gestiegen.

*(Freiburg, 8. Mai.) In der Aula der Universtität fand heute Vormittag der feierliche Akt der Uebergabe des Prorektorsats statt, wozu sich außer dem akademischen Lehrkörper zahlreiche Honorationen und ein großer Theil der Studentenschaft eingefunden hatten. Der abtretende Prorektor, Herr Hofrath Dr. Kaste, war in seiner Ueberlicht über die Ergebnisse des verfloßenen Studienjahres in der angenehmen Lage, eine fortgesetzte Zunahme der Frequenz der Universtität feststellen zu können. Er wies darauf hin, daß von Großh. Regierung eine veranschaulichte Zulassung weiblicher Studirender genehmigt worden sei und ging dann zu den Veränderungen im akademischen Lehrkörper und zu den Doktorpromotionen über. Mit Wärme gedachte er zweier im Ruhestand verstorbenen Kollegen, des Geistlichen Rathes Professor Dr. König und des Professors Dr. Klaus. Der Großh. Regierung sprach er seinen Dank für die Zulassung eines Mitglieds der juristischen Fakultät, des Herrn Professors Dr. Schmidt, als Hilfsrichter bei Großh. Landgericht darüber aus, wodurch das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis ein näheres werde. Der traurigen wie der freudigen Ereignisse gedachte der Redner in eingehender Weise. Unter letzteren heben wir hervor die Vermählung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin von Cumberland, ein Ereignis, an welchem die Universtität um so lebhafteren Anteil genommen habe, als der Prinz früher unserer Hochschule als Studirender angehört. Mit Freude konstatierte er, daß ein Neubau des Kollegienhauses in Balde zu erwarten sei und schloß mit lebhaftem Dank an die Großh. Regierung für ihre Fürsorge für die Universtität, besonders aber an Seine Königl. Hoheit den Großherzog als Rektor derselben, den wahren Vater und Schützer ihres Emporblühens, Hochschwellen es vergnügt sein möge, noch viele Prorektoren kommen und gehen zu sehen. Darnach hielt der neue Prorektor, Herr Professor Dr. Kluge, einen Vortrag über Sprachforschung.

*(Freiburg, 8. Mai.) Die Zahl der Studierenden an unserer Universtität wird in diesem Semester diejenige des vorigen Sommers voraussichtlich wieder übertreffen. Am zahlreichsten besucht sind, wie gewöhnlich, die Vorlesungen des Wirtl. Geh. Rathes Bruno Fischer über Goethe's „Faust“, die wegen Mangel an geeigneten Hörsälen in der Aula gehalten werden. Gegen 800 Personen bilden die Zuhörerschaft.

*(Baden, 9. Mai.) Ihre Großherzogliche Hoheit Erbprinzessin Marie von Anhalt ist hier eingetroffen und im Hotel „Kaiserhof“ abgetheilt. — Nach der heute ausgegebenen Fremdenliste ist die Frequenzziffer unserer Bäderstadt bereits auf über 10 000 gestiegen.

*(Freiburg, 8. Mai.) In der Aula der Universtität fand heute Vormittag der feierliche Akt der Uebergabe des Prorektorsats statt, wozu sich außer dem akademischen Lehrkörper zahlreiche Honorationen und ein großer Theil der Studentenschaft eingefunden hatten. Der abtretende Prorektor, Herr Hofrath Dr. Kaste, war in seiner Ueberlicht über die Ergebnisse des verfloßenen Studienjahres in der angenehmen Lage, eine fortgesetzte Zunahme der Frequenz der Universtität feststellen zu können. Er wies darauf hin, daß von Großh. Regierung eine veranschaulichte Zulassung weiblicher Studirender genehmigt worden sei und ging dann zu den Veränderungen im akademischen Lehrkörper und zu den Doktorpromotionen über. Mit Wärme gedachte er zweier im Ruhestand verstorbenen Kollegen, des Geistlichen Rathes Professor Dr. König und des Professors Dr. Klaus. Der Großh. Regierung sprach er seinen Dank für die Zulassung eines Mitglieds der juristischen Fakultät, des Herrn Professors Dr. Schmidt, als Hilfsrichter bei Großh. Landgericht darüber aus, wodurch das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis ein näheres werde. Der traurigen wie der freudigen Ereignisse gedachte der Redner in eingehender Weise. Unter letzteren heben wir hervor die Vermählung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin von Cumberland, ein Ereignis, an welchem die Universtität um so lebhafteren Anteil genommen habe, als der Prinz früher unserer Hochschule als Studirender angehört. Mit Freude konstatierte er, daß ein Neubau des Kollegienhauses in Balde zu erwarten sei und schloß mit lebhaftem Dank an die Großh. Regierung für ihre Fürsorge für die Universtität, besonders aber an Seine Königl. Hoheit den Großherzog als Rektor derselben, den wahren Vater und Schützer ihres Emporblühens, Hochschwellen es vergnügt sein möge, noch viele Prorektoren kommen und gehen zu sehen. Darnach hielt der neue Prorektor, Herr Professor Dr. Kluge, einen Vortrag über Sprachforschung.

*(Freiburg, 8. Mai.) Die Zahl der Studierenden an unserer Universtität wird in diesem Semester diejenige des vorigen Sommers voraussichtlich wieder übertreffen. Am zahlreichsten besucht sind, wie gewöhnlich, die Vorlesungen des Wirtl. Geh. Rathes Bruno Fischer über Goethe's „Faust“, die wegen Mangel an geeigneten Hörsälen in der Aula gehalten werden. Gegen 800 Personen bilden die Zuhörerschaft.

* (Freiburg, 8. Mai.) Dieser Tage fand hier eine außerordentliche Generalversammlung des Frauenvereins statt.

Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Vergrößerung beziehungsweise Neubau des Kleininderschulgebäudes. Die Pläne und Kostenanschläge wurden einstimmig genehmigt. Mit dem Bau soll in aller Eile begonnen werden.

Vom Bodensee, 8. Mai. Seit der am 19. v. M. eingetretenen Witterungsänderung hat sich die Vegetation in überraschender Weise entwickelt. Die Kirschbäume und Birnbäume stehen in üppiger Blüte und versprechen ein gutes Obstjahr; der Stand der Delisaaten ist ein recht günstiger, die Bestellung der Frühjahrsfrüchte und das Regen der Kartoffel sind jetzt allenthalben beendet. — Die Temperatur erreichte am Sonntag ihren Höhepunkt mit +18 Grad Reaumur. — Die Lannenzarternernte, welche im Bezirk Meßkirch seit ungefähr acht Tagen betrieben wird, ist, heuer, wie im vorigen Jahr sehr ergiebig. — Der allgemeine Gesundheitszustand ist zur Zeit in sämtlichen Amtsbezirken des Kreises Konstanz ein sehr befriedigender.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 12. Mai. Landwirtschaftliche Besprechungen in Neuenheim, Scherzheim, Sandweiler, Neuenbürg, Hohenheim, Eschelbronn, Effenbach, Oberdiebach und Beckstein; Bezirksversammlung in Rotenburg.

Dienstag, 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr, Sitzung der badischen Bünzervereine im „Friedrichshof“ in Karlsruhe; Nachmittags 8 Uhr Sitzung der badischen Eierfabrikbesitzer im „Friedrichshof“ in Karlsruhe.

Sonntag, 19. Mai. Generalversammlung der ländlichen Kreditvereine in Ufftingen und Springen; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Gagnan; ordentliche Generalversammlung der Molkereigenossenschaft Unterhesslen in Unterhesslen.

Montag, 27. Mai. Generalversammlung des ländlichen Kreditvereins in Ufftingen.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 9. Mai. Aus Kapstadt wird gemeldet: In Nord- und Osttransvaal finden größere Gefechte statt. Die Buren erleiden schwere Verluste. 40 Buren sind bereits getötet, 200 verwundet, 160 haben sich ergeben. Zahlreiche Dokumente, Banknoten, 220 Wagen und 9 000 Pferde wurden erbeutet. Unter den Burenstreitkräften herrscht nach Meldungen der Blätter große Demoralisation.

Prätoria, 9. Mai. Die Kolonne die nach Durchquerung der Distrikte Koosfontein und Lotesburg aus Middelburg in Belfast eintraf, hatte auf dem Marsche nur ein einziges Gefecht, als sie die Buren aus ihren Verstecken vertrieb, in welchen die Familien verborgen waren. Botha und Viljoen vereinigten ihre Kommandos und halten Carolina besetzt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 9. Mai. Seine Majestät der Kaiser hat an den Staatsminister Frhr. v. Hammerstein-Loxten und an den Staatsminister Bressold die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben gerichtet:

Mein lieber Staatsminister Frhr. v. Hammerstein! Nachdem Ich Ihnen durch Erlass vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilt habe, kann Ich es Mir nicht verlagern, Ihnen für die ausgezeichneten Dienste, welche Sie in treuer Hingebung an Ihr verantwortungsvolles Amt Mir und dem Vaterlande geleistet haben, Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Als Belohnung Meines Wohlwollens verleihe Ich Ihnen die königliche Krone zum Großkreuz des Roten Adler-Ordens und lasse Ich Ihnen die Insignien hernach zugehen.

Schilt, Ich verleihe Ich Ihnen die Insignien des Königs Wilhelm R.

An den Staatsminister Frhr. v. Hammerstein-Loxten.

Mein lieber Staatsminister Bressold! Um Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst für die langjährigen und treuen Dienste, welche Sie in allen Ihren bisherigen Ämtern Meinen Vorgängern an der Krone, Mir und dem Staate geleistet haben, Meinen königlichen Dank und Meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, verleihe Ich Ihnen das Großkreuz des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub, dessen Insignien hier angehängt sind.

Schilt, Ich verleihe Ich Ihnen die Insignien des Königs Wilhelm R.

An den Staatsminister Bressold.

Berlin, 9. Mai. Gestern fand unter dem Vorsitz des Grafen v. Bülow im Reichskanzlerpalais eine Sitzung des Staatsministeriums statt, worin die neuernannten Staatsminister mit einer Ansprache des Ministerpräsidenten eingeführt und vereidigt wurden.

Tiflis, 9. Mai. Der Reichstagsabgeordnete für den ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Königsberg, Memel-Bezirk, Smalaky, ist gestorben.

Wien, 9. Mai. Die „Königliche Ztg.“ meldet: Durch die Preise gehen sensationelle Meldungen, daß aus Ersparnisgründen eine Betriebsgemeinschaft der Elsaß-Lothringischen Reichseisenbahnen mit der Preussischen Staatsbahn gebildet werde. Nach den von uns an zuverlässiger Stelle eingezogenen Erkundigungen entbehrt diese Nachricht jeder Begründung.

Stuttgart, 9. Mai. In der Kammer kündigte heute der Abg. Hausmann einen Antrag der Volkspartei auf Wegfall der separaten württembergischen Postmarken und Einführung gemeinsamer Reichsmarken an. Die Sozialdemokratie hat einen Antrag eingebracht: Die Kammer hält eine einseitige Gestaltung des deutschen Bahnverkehrs durch eine Reichsbetriebsvereinigung für erstrebenswert.

Wien, 8. Mai. Der Eisenbahnausschuß nahm den Rest der Investitionsvorlage an, darunter Artikel 9, demzufolge zur Deckung des festgesetzten Erfordernisses im Maximalbetrage von 483 038 000 Kronen sowie behufs Refundierung der in den Jahren 1898 bis 1900 vorzuschüssigen aus den Käufen beschriebenen Erfordernisse des Eisenbahnministeriums im Betrage von 80 Millionen Kronen 1897 Rentenobligationen oder 1897 Investitionsobligationen ausgegeben werden dürfen.

— Die Anträge der Czaren, nach denen das Investitions-gesetz gleichzeitig mit dem Wasserstraßengesetz in Kraft treten sollte, wurden abgelehnt.

Paris, 9. Mai. Nach den bisherigen Ergebnissen der Volkszählung werden bei den nächsten Kammerwahlen fünf Wahlbezirke je ein neues Mandat gewinnen; nur ein Wahlbezirk verliert ein solches infolge Abnahme seiner Bevölkerung. Die nächste Kammer wird daher 585 Mitglieder statt der bisherigen 581 zählen.

Paris, 9. Mai. Dem „Matin“ zufolge wird die neue russische Anleihe, deren Ausgabe von dem Hause Rothschild, der Pariser Bank, dem Credit Foncier und anderen Banken übernommen wurde, 400 Millionen Franken betragen.

Paris, 9. Mai. Der „Gaulois“ tritt in einem „Bereitigung zur sozialen Verteidigung“ überschriebenen Artikel dafür ein, daß Royalisten, Bonapartisten die Anhänger Mélines, Déroulède's und die Antisemiten bei den Kammerwahlen des nächsten Jahres hand in Hand gehen und sich zwecks Aufstellung gemeinsamer Kandidaturen verständigen mögen. Es handle sich darum, Frankreich vor einer sozialen Umwälzung zu bewahren.

Paris, 9. Mai. In Algier hat der Präfekt Dutaud neben der Aufhebung antisemitischer und nationalistischer Vereinigungen noch mehrere Bierhallen geschlossen, in denen diese zu tagen pflegten. Der Bürgermeister Regis kündigte an, daß er demnächst nach Paris kommen und daselbst Versammlungen abhalten werde, um Entfaltungen über Tätigkeit des Präfekten Dutaud zu machen.

Brüssel, 9. Mai. Die Mitglieder der Rechten beider gegebenden Körperschaften hielten gestern Vormittag eine gemeinsame Sitzung ab, worin die Vorlage betreffend den Abschluß eines neuen Vertrages mit dem Kongostaat zur Berathung stand. Man kam einstimmig zu der Ansicht, daß die Vorlage unzureichend sei. Aus dem eingehenden Meinungsaustausch in der Versammlung scheint hervorzugehen, daß man, da der Kongostaat sich weigert, einen anderen Vertrag abzuschließen, nur die Wahl hat, die Vorlage anzunehmen, oder den Kongostaat sofort zu annektieren. — Die sozialistische Linke der Repräsentantenkammer hielt gestern eine Versammlung ab und beschloß einstimmig, die Gesetzesvorläge der Regierung hinsichtlich der Kongokonvention abzulehnen.

Rom, 8. Mai. Seine Majestät der König richtete an Zanardelli ein Schreiben, in welchem es heißt, die Majestäten seien erfreut über die Kundgebungen, welche zur Feier der bevorstehenden Geburt ihres Kindes in Vorbereitung seien, aber sie wünschten Ausgaben von Seiten der Behörden und Bürger vermeiden zu sehen. Die Majestäten würden kein Geschenk annehmen und bitten, extra dafür bestimmte Gelder zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden.

Rom, 8. Mai. Senat. In Erwiderung auf die Interpellation Pierantoni's erklärt Zanardelli: Er werde gesetzliche Vorschläge einbringen, um die Zustimmung des Parlaments zu den Bestimmungen der Haager Konferenz zu erlangen, die nicht mit den bestehenden Gesetzen in Italien in Widerspruch seien.

London, 9. Mai. Die Konferenz der Bergarbeiter des Vereinigten Königreichs beschloß, eine allgemeine Arbeits Einstellung nicht zu empfehlen. Falls die Grubenbesitzer in irgend einem Distrikte die Löhne herabsetzen, dann soll eine allgemeine Konferenz einberufen werden, um darüber zu beschließen, ob die Arbeiter sämtlicher Bergwerke in den Ausstand treten sollen.

London, 9. Mai. In der gestern hier abgehaltenen Versammlung der Kohlengrubenbesitzer wurde eine Resolution angenommen, worin nachdrücklich gegen jede Einschränkung des Bergwerkbetriebs Einspruch erhoben und für das laufende Jahr die Besteuerung des gesamten Kohlenertrages des Reichs, auf Grundlage des Ertrages jeder Grube des Jahres 1900, empfohlen wird.

Barcelona, 9. Mai. Sämtliche Fabriken und Werkstätten sind heute eingestrichelt, die meisten unregelmäßig. Truppen bewachen die großen Fabriken, um Unruhen vorzubeugen. Der telegraphische Verkehr mit Madrid wurde von den Behörden unterbrochen.

Madrid, 9. Mai. Gestern kam es in Barcelona wieder zu Ruhestörungen. Das Militär griff scharf ein. Mehrere Personen wurden getötet und verwundet. Wie es heißt, hat der dortige Generalkapitän Delgado um seine Entlassung gebeten. Er soll durch General Luque ersetzt werden. — Nachrichten aus Bilbao zufolge herrscht auch im dortigen Minenbezirk große Aufregung.

St. Petersburg, 9. Mai. Die von auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß die russischen Truppen kürzlich bei Wulden ein größeres Gefecht mit den Chinesen hatten und dabei ein General gefallen sei bestätigt sich, wie amtlich erklärt wird, nicht.

Belgrad, 9. Mai. Ein königlicher Ukas verfügt die Einführung der russischen Sprache als obligatorischer Gegenstand der Militärademie.

Sofia, 9. Mai. Der frühere Ministerpräsident Grew ist gestorben.

Konstantinopel, 9. Mai. In Erwiderung auf die Protestnote der Botschafter gegen die willkürliche Beschlagnahme der ausländischen Postschaften durch die türkische Postverwaltung übersandte die Pforte an die betreffenden Botschafter eine Note, worin, wie versichert wird, die Pforte den begangenen Gewaltakt unter Berufung auf das Recht, nach Contrebande forschen zu dürfen, zu erklären sucht. Die Note behauptet, in den Postschafen seien zahlreiche kostbare Gegenstände, ferner Revolver und die Türkei schädigende Schriftstücke gefunden worden. Die Aufhebung der Post mit der Eisenbahn ist gegenwärtig noch unterbrochen. — Aus Saloniki und Adrianopel wird gemeldet, daß die dortigen türkischen Postämter gleiche Maßregeln getroffen haben. Die Botschafter haben sich über die zutreffenden Gegenmaßnahmen geeinigt. Aus guter Quelle verlautet, daß der

Urheber der von der türkischen Postverwaltung ergriffenen Maßnahmen der zweite Sekretär des Sultans, Izzet Bey, sei.

Washington, 9. Mai. Reutermeldung. Die leitenden Marinebehörden richteten ihre Aufmerksamkeit auf die Vortheile der Erwerbung einer Azoreninsel als Kohlenstation und Sammelpunkt für die Marine und bringen in die Regierung, Schritte zu thun, um hierauf hinielende Rechte von Portugal zu erlangen.

Melbourne, 9. Mai. Der Eröffnung des Bundesparlaments durch den Herzog von Cornwall und York wohnten 12 000 Personen bei. Der Herzog verlas ein Telegramm Seiner Majestät des Königs, welches besagt: „Ich bin bei diesem erhebenden Anlaß bei Euch und wünsche dem Australischen Bunde alles Glück und Gedeihen.“ — Gestern fand im Parlamentsgebäude großer Empfang statt. Dem darauffolgenden Gartenfeste wohnten zahlreiche Offiziere der fremden Kriegsschiffe bei, darunter diejenigen des deutschen Kreuzers „Panja“.

Verschiedenes.

Bremen, 9. Mai. (Telegr.) Die Bürgerschaft beschloß die Aufhebung der Verbrauchssteuer auf Fleisch, Butter und Käse.

Leipzig, 9. Mai. Der verstorbene Musikalienhändler Dr. Max Abraham, Inhaber des Peters'schen Musikverlags, setzte, dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge, zur Erhaltung und Erweiterung der von ihm begründeten zur unentgeltlichen Benutzung für Musiker in Leipzig bestimmten Musikbibliothek ein Peter's-Vermächtlich von 400 000 M. aus.

Elberfeld, 9. Mai. (Telegr.) Im Militärbesetzungszustand sind gestern die Pladovers zu Ende geführt worden, die Urtheilsverbindung erfolgt Freitag Vormittag.

London, 8. Mai. (Telegr.) Lloydmeldung aus Kingston. Der deutsche Dampfer „Schleswig“ ist an der Landspitze von Galina auf Jamaica gestrandet.

Konstantinopel, 8. Mai. (Telegr.) Aus Bagdad wird ein Pestfall mit tödtlichem Ausgang gemeldet, es sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 10. Mai. Abt. B. 55. Ab.-Vorst. (Mittelpfeife.) Statt „Die Journalisten“: „Pension Schöller“, Posse in 3 Akten nach einer Idee von W. Jakob von Karl Lauff. — „Hänsel und Gretel“, Märchenoper in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wette, Musik von Engelbert Humperdinck. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Im Theater in Baden:

Montag, 13. Mai. 5. Vorst. außer Abonn. Zum erstenmale wiederholt: „Johanniseifer“, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Bekanntmachung. Diejenigen Abonnenten, welche ihre Plätze für das kommende Spieljahr nicht beizubehalten wünschen, werden ersucht, noch vor Ablauf des Monats Mai von dem vertragsmäßigen Kündigungsrechte Gebrauch zu machen. Für die nicht gekündigten und neu abonnierten Plätze werden die Vertragsentwürfe den berechtigten Abonnenten im Laufe des Monats Juni zur Unterzeichnung vorgelegt.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd., v. 9. Mai 1901.

Abgesehen vom Nordosten, wo noch wie am Vortage ein barometrisches Maximum liegt, bildet ab heute ganz Europa ein Gebiet niedrigen Druckes, welches ein wohl ausgebildetes Minimum über dem Kanal enthält; das Wetter ist deshalb trüb oder unbeständig, kühl und vielfach regnerisch geblieben. Etwas wärmeres, veränderliches und zu Gewitterregen neigendes Wetter ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Windgeschw. in m/sec	Wind	Himmel
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	745.2	11.2	5.9	59	SW	bedeckt
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	749.1	9.4	6.0	69	SW	h. "
9. Mittags 2 ⁰⁰ U.	749.8	16.0	5.0	37	SW	h. "

Höchste Temperatur am 8. Mai: 15.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.6.

Niederschlagsmenge des 8. Mai: 0.5 mm.

Wasserstand des Rheins, Mainz, 9. Mai: 4.42 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Seidenstoffe, Samte, Velvets für Kleider und Hüsen liefern wir direkt an Privats. — Man verlange Muster. **von Elten & Keussen, Krefeld.**

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass **sämtliche Neuheiten** für die kommende Saison eingetroffen; bei vorkommendem Bedarf halte mich bestens empfohlen. Gleichzeitig theile Ihnen mit, dass die Leitung in den Händen eines durchaus tüchtigen Wiener Zuschneiders liegt, welcher den höchsten Anforderungen entspricht. Achtungsvoll **Wilh. Wolf jr., Karlsruhe, Kaiserstr. 82a.**

Nademann's Kindermehl (Fabrik Frankfurt a. M.) bildet nicht eine vollständige Kindernahrung, sondern ist eigentlich ein Kinderwiebalmehl. Seine Hauptvorteile entfaltet es als „Beinahrung“ (mit Kuhmilch), in der Uebergangszeit zur gemischten Nahrung und bei Verdauungsstörungen, wenn Milch zu verbotten ist. Vor anderen Kindermehlen hat es den Vorzug eines größeren Gehaltes an löslichen Kohlehydraten und des für die Knochenbildung wichtigen phosphorsauren Kalces für dessen Reibbarkeit im Körper die innige und sorgfältige Verarbeitung, Vermahlung u. Gewähr leistet. Vor anderen Kinderwiebalmehlen hat es den Vorzug der feinen Präparation und damit größeren Verdaulichkeit, die bei der Zerfeinerung im Hausbrot nicht erreicht werden kann. Dabei ist das feine Korn unseres Kindermehl's hart und zählig und bewirkt, der verdünnten Kuhmilch zugegeben, indem es sich in das Gerinnel einlagert; eine feinere Gerinnung des Kuhmilchs im Magen des Kindes, so daß also die Verdaulichkeit der Milch durch einen Zusatz von unserem Kindermehl erhöht wird.

Todes-Anzeige.
 Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mittheilung, dass unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater
Heinrich Süpfle
 Grossherzoglicher Amtsgerichtsdirektor
 heute Vormittag 1 1/4 Uhr, nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Heidelberg, Karlsruhe, Hamburg, 8. Mai 1901.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
 Thekla Süpfle, geb. Bender.
 Dr. Robert Süpfle, Rechtsanwalt.
 Ella Buchholz, geb. Süpfle.
 Dr. Albert Buchholz, Professor.
 Elsa Süpfle, geb. Drechsler.
 Robert Buchholz.
 Die Beerdigung findet am Freitag den 10. Mai, Vormittags 11 Uhr, von der Friedhofkapelle Heidelberg aus statt.
 K-293

Franconia Heidelberg!
 Unterfertigte Burschenschaft erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lieben Alten Herren, auswärtigen Mitglieder und Cartellbrüder von dem am 8. Mai l. J. in Heidelberg erfolgten Tode ihres lieben Alten Herrn und Mitstifters, des Amtsgerichtsdirektors
Heinrich Süpfle
 geziemend in Kenntniss zu setzen.
 Die Beerdigung findet am 10. l. Mts., Vormittags 11 Uhr, in Heidelberg statt.
Die Burschenschaft Franconia zu Heidelberg.
 I. A.: G. Ullrich XXX. K-296

Statt jeder besonderen Anzeige.
 Wir machen Ihnen die traurige Mittheilung, dass unser lieber, guter Gatte, Vater, Schwiegervater, Herr
Finanzrath Johann End,
 Vorstand des Grossh. Finanzamts Bretten, Ritter des Zähringer Löwenordens I. Classe.
 nach längerem schweren Leiden heute Morgen 2 Uhr in Heidelberg sanft entschlafen ist.
 Bretten, den 9. Mai 1901.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Samstag, den 11. Mai 1901, Vormittags 11 Uhr von der Friedhofkapelle in Karlsruhe statt.
 R-298

Darmstädter Pferde-Lotterie
 Ziehung am 15. Mai 555 Gewinne i. W. von Mk. 25,000.
 1 Hauptgewinn i. W. von ca. Mark 6000
 Ein eleganter Wagen, Zweispänner, sowie 2 Pferde mit compl. Geschirr.
 1 Hauptgewinn i. W. von ca. Mark 2000
 Ein Reitpferd mit Sattel und Zaum.
 1 Hauptgewinn i. W. von ca. Mark 1700
 Ein Stuhlwagen mit 1 Pferd und Geschirr.
 17 Gewinne i. Gesamtw. von Mk. 10 300
 je 1 Pferd oder Fohlen
 535 Gewinne i. Gesamtw. von Mark 5000
 bestehend in Luxus- und Gebrauchsgegenständen.
 Loose à 1 Mark, 11 Loose für 10 Mark,
 (Porto und Liste 20 Pf.), zu beziehen durch den General-Vertrieb
L. F. Ohnacker in Darmstadt, sowie Carl Götz, Lederhandlung und E. Wegmann, Karlsruhe. 3956.4

Unentbehrlich zur rationellen Ernährung der Kinder.
 Glänzend bewährt bei:
 Durchfall, Rachitis, Scrophulose, Magen- und Darm-Erkrankungen.
 Zu haben in Apotheken, Droguerien, Colonialwarenhandlungen
 Originaldose Mk. 1.— Probebeutel 30 Pfg.
 Alleinige Fabrikanten:
Rademann's Nährmittelfabrik, G. m. b. H., Frankfurt a. M.-Bockenheim.
 Telefon Amt II No. 192.
 En gros bei **Gebr. Jost Nachf. in Karlsruhe.**

Todes-Anzeige.
 Nach schmerzvoller, schwerer Krankheit starb in Tauberbischofsheim
Herr Kreisschulrath Dr. Bender
 der elf Jahre dem Lehrerkollegium unserer Anstalt als Mitglied angehörte.
 Wir werden ihm, der uns ein treuer, lieber Amtsgenosse und den Schülern ein Vorbild der Schaffensfreudigkeit und Pflichttreue war, ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Lehrerkollegium der Grossh. Lehrerbildungsanstalt.
 Meersburg, den 8. Mai 1901. K-294

Bekanntmachung.
 Nr. 7279. Verloosung 3%iger Schuldverschreibungen. Bei der heute urkundlich vorgenommenen Verloosung wurden folgende Schuldverschreibungen gezogen:
I. Vom Anlehen von 1886.
Heinzahlbar auf 1. November 1901.
Litera A. zu 2000 Mark.
 Nr. 24, 27, 55, 77, 114, 152, 252, 326, 374, 436, 496, 508, 511, 516, 538, 545, 580, 750, 815, 842, 872, 934, 981, 994, 1028, 1053, 1058, 1160, 1179, 1342, 1355, 1394, 1409, 1536, 1609, 1686, 1693, 1726, 1746, 1914, 1933.
Litera B. zu 1000 Mark.
 Nr. 51, 57, 110, 117, 124, 167, 225, 251, 337, 356, 380, 417, 525, 537, 576, 631, 705, 784, 816, 903, 997, 1000, 1050, 1124, 1183, 1201, 1218, 1244, 1255, 1383, 1444, 1494, 1499, 1516, 1559, 1588, 1589, 1676, 1760, 1824, 1927, 1962, 1983, 2033, 2095, 2137, 2200, 2218, 2225, 2390, 2412, 2501, 2528, 2557, 2711, 2722, 2736, 2786, 2811, 2813, 2827, 2864, 2904, 2916, 3030, 3039, 3280, 3318, 3372, 3487, 3565, 3703, 3710, 3733, 3785, 3831, 3949, 4012, 4056, 4068, 4101, 4115, 4117, 4125, 4197, 4228, 4354, 4403, 4418, 4443, 4518, 4574, 4677, 4705, 4839, 4869, 4893, 4973.
Litera C. zu 500 Mark.
 Nr. 59, 227, 229, 292, 308, 448, 513, 581, 634, 644, 674, 691, 782, 840, 900, 902, 920, 929, 932, 966, 975, 980, 993, 1113, 1123, 1151, 1251, 1386, 1407, 1411, 1418, 1512, 1568, 1633, 1721, 1733, 1753, 1765, 1800, 1809, 1814, 1845, 1870, 1906, 1944, 1982, 1991, 2256, 2311, 2429, 2561, 2595, 2612, 2802, 2876, 2900, 2930, 2956.
Litera D. zu 200 Mark.
 Nr. 57, 123, 132, 223, 287, 326, 347, 366, 401, 519, 539, 596, 678, 696, 702, 832, 855, 873, 942, 1122, 1141, 1165, 1236, 1280, 1294, 1315, 1346, 1476, 1489, 1564, 1682, 1683, 1693, 1718, 1730, 1744, 1761, 1851, 1897, 1902, 2057, 2126, 2281, 2329, 2345, 2399, 2417, 2440, 2444, 2482.

II. Vom Anlehen von 1889.
Heinzahlbar auf 1. November 1901.
Litera A. zu 2000 Mark.
 Nr. 54, 71, 81, 142, 151, 175, 191, 301, 342, 361, 623, 664, 687, 758, 817, 886.
Litera B. zu 1000 Mark.
 Nr. 44, 46, 69, 73, 118, 215, 239, 309, 379, 395, 396, 420, 632, 692, 698, 728, 741, 866, 966, 1112, 1125, 1149, 1321, 1389, 1410, 1486, 1493, 1511, 1535, 1561.
Litera C. zu 500 Mark.
 Nr. 96, 118, 179, 289, 297, 348, 384, 404, 412, 490, 562, 661, 762, 797, 821, 828.
Litera D. zu 200 Mark.
 Nr. 113, 213, 253, 269, 303, 306, 338, 406, 534, 623, 668, 672, 699, 719, 741.

III. Vom Anlehen von 1896.
Heinzahlbar auf 1. Dezember 1901.
Litera A. zu 2000 Mark.
 Nr. 20, 108, 126, 274, 282, 388, 403, 533, 567.
Litera B. zu 1000 Mark.
 Nr. 12, 30, 70, 79, 172, 241, 315, 447.
Litera C. zu 500 Mark.
 Nr. 23, 36, 94, 245, 350, 365.
Litera D. zu 200 Mark.
 Nr. 55, 169, 258, 333, 485.

IV. Vom Anlehen von 1897.
Heinzahlbar auf 1. September 1901.
Litera A. zu 2000 Mark.
 Nr. 71, 73, 143, 162, 191, 301, 355, 537, 566, 582, 696, 706, 811, 815, 870, 928, 1023, 1137, 1263, 1324.
Litera B. zu 1000 Mark.
 Nr. 17, 25, 47, 98, 283, 491, 525, 569, 592, 726, 731.
Litera C. zu 500 Mark.
 Nr. 14, 36, 136, 234, 340, 345, 533, 550.
Litera D. zu 200 Mark.
 Nr. 210, 239, 248, 417, 460.

Die genannten Schuldverschreibungen treten von den zur Heinzahlung festgesetzten Tagen an außer Verrechnung.
 Die Kapitalbeträge sind bei der Stadtkasse in Karlsruhe und bei den auf den Schuldverschreibungen angegebenen Zahlstellen gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen sammt den unverfallenen Zinscheinen und Zinscheinanweisungen zu erheben.
 Von früheren Verloosungen sind noch rückständig und daher außer Verrechnung:
a. vom 1886er Anlehen.
 Litera A. Nr. 1190 zu 2000 Mark; Litera B. Nr. 710, 841, 1632 zu 1000 Mark; Litera C. Nr. 1019 zu 500 Mark; Litera D. Nr. 1630 zu 200 Mark.
b. vom 1889er Anlehen.
 Litera A. Nr. 104, 824 zu 2000 Mark; Litera B. Nr. 1332, 1589 zu 1000 Mark; Litera D. Nr. 401 zu 200 Mark.
c. vom 1897er Anlehen.
 Litera A. Nr. 1092, 1096 zu 2000 Mark; Litera B. Nr. 168 zu 1000 Mark; Litera D. Nr. 410 zu 200 Mark.
Karlsruhe, den 6. Mai 1901.
Der Stadtrath.
 Schneider. Franf.

Samstag den 11. Mai, Abends 7 1/2 Uhr, im Museumssaale:
Abschieds-Concert
 von **Ferdinand Jäger**
 unter Mitwirkung von **Frau Henriette Mottl** und **Herrn Felix Mottl.**
 Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 Mk., Galerie 2.50 und 1 Mk. im Vorverkauf u. an der Abendkasse.
Hans Schmidt,
 Musikalienhandlung, Konzert-Agentur, Rondellplatz, Telephon 487.

Referendar.
 Zu baldmöglichstem Eintritt juristischer Mitarbeiter gesucht.
 Anwalt **Dr. Elsasser,**
 Baden-Baden. R-210.3

Das Stimmen
 von **Flügeln, Pianinos und Harmoniums**
 wird pünktlich besorgt durch **Ludwig Schweisgut,**
 Hofl., 4 Erbprinzenstrasse 4. R-225.4

Die Schreibgehilfenstelle
 des unterzeichneten Notariats ist mit einer Jahresvergütung von **600 M.** zu besetzen.
 Geeignete Bewerber wollen sich **sofort** unter Vorlage von Zeugnissen dahier melden.
 Inappetenten erhalten den Vorzug.
Bühl, den 7. Mai 1901.
 Großh. Notariat Bühl III.
 Dr. Wader. R-286.1

R-268. E. 128. Karlsruhe.
Verdingung.
 Die zum **Posthaus-Erweiterungs-** **ban in Mannheim** erforderlichen **Loos I: Erd-, Maurer- (Arbeitslohn einschließlich Materiallieferung), Asphalt- und Staatarbeiten;**
Loos II: Granitarbeiten in weissem (Muschel) Sandstein für die Straßentrassen;
Loos III: Sandsteinarbeiten in grünlich-gelbem (Körnacher) Sandstein für die Hofstrassen;
Loos IV: Schmiedearbeiten; Loos V: Eisenarbeiten (I Träger, gußeiserne Stützen und Unterlagsplatten);
 sollen im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.
 Zeichnung, Massenberechnung, Programm, Anbetungs- und Ausführungsbedingungen und Preisverzeichnis liegen im Amtszimmer des örtlichen Bauleiters in Mannheim O 2 Nr. 5 zur Einsicht aus und können daselbst mit Ausnahme der Zeichnungen und Massenberechnung zum Preise von 1 M. für jedes Loos bezogen werden.
 Die Angebote sind verschlossen und mit einer den Inhalt kennzeichnenden Aufschrift versehen, bis **31. Mai, Vormittags 11 Uhr,** an das Postbauamt in Mannheim O 2 Nr. 5 frankirt einzuliefern, wofür die Eröffnung der eingegangenen Angebote und zwar
 für Loos I um 11 Uhr,
 " " II " 11 1/2 "
 " " III " 11 3/4 "
 " " IV " 12 "
 " " V " 12 "
 " " VI " 12 1/2 "
 in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfinden wird.
Karlsruhe (Baden), 7. Mai 1901.
 Kaiserliche Ober-Postdirektion.
 Geisler.

R-308. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit Gültigkeit vom 10. Mai l. Js. werden für Steine, wie im Spezialtarif III unter Ziffer 1. genannt, im Verkehr zwischen Neckarhausen b. Eberbach einerseits und Mosbach i. Baden und Wiesloch andererseits ermäßigte Frachttarife unter den für den Ausnahmetarif 4 c bestehenden Bedingungen eingeführt.
 Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 8. Mai 1901.
 Großh. Generaldirektion.